



Foto: Schinke

Rastatter
Freiheitsboote

Liebe Freundinnen und Freunde der Freiheit,

wer einen Blick für die Entwicklungen in unserem Land und in Europa hat und ihn darüber hinaus weitet, wird mit Erschrecken feststellen, dass Grundwerte wie „Freiheit“ und „Menschenrechte“ derzeit in einer unerwarteten Weise in Frage gestellt werden. Eine Folge ist, dass das Erbe der Revolution von 1848/49 stärker als früher vom „Erinnerungsort“ zum politischen „Bildungsort“ unseres Landes werden muss und auch wird. Deshalb gilt zu allererst unser Dank an das Team des Bundesarchivs und den Geschichtsvermittlern, die in einem guten Kontakt zu den Besuchern der Erinnerungsstätte stehen und ein halbes Jahr voller Aktivitäten gestaltet haben.

Stärker als bisher ist aber auch ein Zusammenstehen derjenigen Institutionen nötig, die als Erinnerungsorte der deutschen Demokratiegeschichte wirken, sei es die Frankfurter Paulskirche, der Offenburger Salmen, das Hambacher Schloss, in Berlin der Friedhof der Märzgefallenen oder einer der vielen anderen Orte mit einem Bezug zu Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. So bekam der Jahresausflug des Fördervereins nach Berlin, der mit einem Besuch der dortigen Feierlichkeiten zum 18. März 1848 verbunden war, zusätzlich die Funktion der Netzwerkbildung. Wir konnten Kontakte knüpfen, die sich in unserer zukünftigen Arbeit niederschlagen werden. Das Anliegen der Berliner Freunde, den 18. März als nationalen Gedenktag einzuführen, unterstützen wir.

Rechtsstaatlichkeit war und ist keine Selbstverständlichkeit – Freiheit hat ihren Preis. Wachsamkeit gehört dazu und nicht nur für die jungen Menschen, die in Rastatt das so genannte „Freiheitsmuseum“ besuchen, muss deutlich werden, dass für den Kampf um die Freiheit die Menschen immer wieder Opfer bringen mussten. In der Sonderausstellung über die Entwicklung des Rechtsstaates, die bis Ende Juli in der Erinnerungsstätte zu sehen ist, wird dies erkennbar.

In unserer diesjährigen Carl-Schurz-Vorlesung wird Professor Karl-Josef Kuschel über das Spannungsfeld von *Menschenrechten* und *Religionsfreiheit als Herausforderung für Judentum, Christentum und Islam* sprechen. Es gibt kaum ein Thema, das unsere Gesellschaft in den letzten Jahren bis in den Alltag hinein so bewegt und auch polarisiert hat. Mit der Evangelischen Stadtkirche haben wir einen passenden Ort für den Vortrag gefunden.

Hierzu, wie auch zu den weiteren Veranstaltungen der Erinnerungsstätte unsere herzliche Einladung!

Gunter Kaufmann, Prof. i.R.,
Vorsitzender des Fördervereins

Dr. Clemens Rehm,
ehrenamtlicher Geschäftsführer

Podiumsdiskussion mit Elmar Theveßen und Prof. Dr. Peter Steinbach über „Menschenrechte und Geschichte“



Den historischen Bogen von den Offenburger Forderungen von 1847 zur Gegenwart schlugen Peter Steinbach (links) und Elmar Theveßen (rechts) zur Moderation von Ursula Nusser im Ahnensaal des Rastatter Schlosses.

Foto: Wollenschneider

Es waren packende zwei Stunden, welche das Publikum im geschichtsträchtigen Ahnensaal des Rastatter Schlosses am 15. Juni 2016 erleben durfte. Anlässlich der Buchvorstellung „Menschenrechte und Geschichte“, herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung, wurden bei einer Podiumsdiskussion und anschließender Aussprache die große, aktuelle Politik und Problemfelder mit dem Bezug auf die 13 Offenburger Forderungen von 1847 in den historischen Saal gezogen.

Für die Stellungnahme zu der Thematik „Menschenrechte und Geschichte“ hatte das veranstaltende Bundesarchiv, der Förderverein und die Landeszentrale als blendend vorbereitete Moderatorin, Ursula Nusser vom SWR und Mitautor Peter Steinbach gewinnen können. Im Trio hatte es sich Elmar Theveßen, der Stellvertretende Chefredakteur des ZDF und Herr über zirka 300 Mitarbeiter, nicht nehmen lassen, seine Sicht von demokratischen, historischen Vorgaben und der Aktualität zu kommentieren.

Schriftenleiter Prof. Dr. Reinhold Weber und Direktor Lothar Frick von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, SWR-Moderatorin Ursula Nusser, der Stellvertretende Chefredakteur des ZDF Elmar Theveßen, der Historiker und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Peter Steinbach sowie Dr. Clemens Rehm vom Förderverein Erinnerungsstätte (von links nach rechts).

Foto: Wollenschneider

Zunächst war es der Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, Lothar Frick, der bei seiner Begrüßung Rastatt als geeigneten Ort für die Diskussion zur Situation der Demokratie lokalisierte. Frick gab den Anstoß, darüber zu reden, was aus den historischen Forderungen in Offenburg von 1847, einem Basispapier der deutschen Demokratiegeschichte, geworden ist. Das folgende Gespräch wurde offen und ehrlich zu mehreren im Moment brennenden Problemkreisen vor Augen geführt.

Elmar Theveßen ging im Zusammenhang mit der Pressefreiheit auf den Begriff der „Lügenpresse“ ein. Dabei bestehe die Gefahr, dass man durch den Druck von außen, diesem im Sinne einer neutralen Berichterstattung widerstehen müsse. Professor Steinbach





Das Publikum im vollbesetzten Ahnensaal des Residenzschlosses von Rastatt konnte eine spannende Diskussion verfolgen, in der historische Hintergründe mit hochaktuellen Themen verknüpft wurden.

Foto: Wollenschneider

erörterte die neue Dimension der Medien, dass beispielsweise zeitgleich mit einem terroristischen Anschlag in Frankreich über facebook berichtet wurde. „Wir sind dem Medium und Missbrauch häufig nicht mehr gewachsen!“ Da könne, so wie auch später von Elmar Theveßen zu hören, nur eine Schulung mit dem Medienumgang helfen.

Breiten Platz im Gespräch nahm auch der Umgang mit Rechtspopulisten ein. Dabei forderte Theveßen auf, gerade die Aussagen von Rednern der AfD in Talkshows kritisch zu hinterfragen. Dazu auch Peter Steinbach: „Die AfD ist eine zutiefst reaktionäre Bewegung, die zu ihren Zwecken Angstgefühle der Bevölkerung aufgreift.“

Was die Verschärfung der Gesetze aus Terrorangst 2001 betrifft, stellte Elmar Theveßen nur repressive Maßnahmen des Staates fest. Das sei „naiv und ergebnislos“. Vielmehr müsse man sich mit der Basis befassen, den „Losern“, den Randgruppen, die den Terror vorantreiben. So seien es beispielsweise Verfälschungen von Aussagen des Korans aus dem Mittelalter, die richtig gestellt werden müssten.

Im Verlauf des Gesprächs wurde auch auf die Gefährdung der Religionsfreiheit eingegangen. Dabei sei man heute nach Professor Steinbach in der konfessionellen Auseinandersetzung mit dem Islam durch die unsichere Einstellung zur eigenen Religion nicht vorbereitet. Toleranz gegenüber dem Islam ist angesagt und ein gesuchtes Verständnis. Dazu rief Elmar Theveßen auf: „Der Disput der Religionen gehört dazu. Aber, wer sich Christ nennt, sollte wissen, wo er steht.“ Schließlich gingen die Redner noch auf die Globalisierung ein, die nach Theveßen noch mehr Terrorismus als Folge haben werde. Aber: „Freiheit darf man nicht für die Sicherheit eintauschen!“

Schließlich hatte das Publikum noch die Möglichkeit, sich in die angesprochene Thematik einzubringen. Dabei wurde die TV-Talkshow-Landschaft als Meinungsmacher kritisch beleuchtet und auch auf die Flüchtlingsproblematik eingegangen. Hier, so Theveßen, müsse man mehr auf die Regime der Länder schauen, welche die Perspektivlosigkeit der Bevölkerung förderten.

Zum Abschluss der Veranstaltung fasste der Geschäftsführer des Fördervereins Erinnerungsstätte, Clemens Rehm, zusammen: Demokratie sei ein Floß mit permanent nassen Füßen, das aber nicht untergehen kann.

Rainer Wollenschneider

Literatur:

Sylvia Schraut, Peter Steinbach, Wolfgang M. Gall und Reinhold Weber (Hrsg.), Menschenrechte und Geschichte. Die 13 Offenburger Forderungen des Volkes von 1847 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs; Band 43), Stuttgart 2015.

Aus dem Inhalt

Podiumsdiskussion über „Menschenrechte und Geschichte“	2
Am Grundstein der Demokratie Fahrt des Fördervereins zu den 18. März-Feierlichkeiten nach Berlin	4
Sonderausstellung „Recht. Gesetz. Freiheit“	8
Willkommen auf Zeit: Migration in der DDR	10
Geschichte in Liedern am Internationalen Museumstag	11
Zu Gast in der Erinnerungsstätte	12
Geschichtsvermittler in der Erinnerungsstätte	13
Freiheitskolumne	14
Terminhinweise	16

Am Grundstein der Demokratie

Fahrt des Fördervereins zu den 18. März-Feierlichkeiten nach Berlin

Als am 23. Juli 1849 die Festung Rastatt vor dem preußischen Militär kapituliert, fand eine Revolutionsbewegung ihr Ende, die 1848 von Engagierten und Begeisterten in allen deutschen Ländern getragen wurde. Der Kampf um Freiheit und Einheit führte dabei schon im Frühjahr 1848 zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Zentrale Ereignisse waren dabei – neben dem Heckerputsch im Südwesten – die Barrikadenkämpfe am 18. März in Berlin.

Dies nahm der Förderverein zu seinem 20-jährigen Bestehen als Anlass, an den jährlich stattfindenden Feierlichkeiten in Berlin zum 18. März teilzunehmen. Auf der vier-tägigen Reise erlebten wir eine lebendige, vielfältige Erinnerungskultur, mit der die Ideale und Ziele der Revolution wachgehalten und ihre Bedeutung für die Gesellschaft heute betont wurden. Es ergab sich dabei fast von selbst, dass Gastgeber und Gäste den Wunsch äußerten, die historischen Verbindungen zwischen Berlin und Rastatt auch in die künftige Arbeit der beiden Erinnerungsorte einfließen zu lassen.



Die historische Postkarte zeugt von den Barrikadenkämpfen am 18. März 1848 in Berlin.

Am nächsten Morgen folgte die Besichtigung der parlamentshistorischen Ausstellung des Deutschen Bundestages im Deutschen Dom. Ein Höhepunkt der Reise waren zweifelsohne die Feierlichkeiten am Nachmittag des 18. März am Brandenburger Tor und an den Gräbern der bei den Straßenkämpfen am 18. März 1848 ums



Die Reisegruppe vor der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin. Mit von der Partie war auch die ehemalige Vorsitzende des Fördervereins, Regierungspräsidentin a.D. Gerlinde Hämmerle (vordere Reihe, 4. von rechts). Foto: Thalhofer

Zum Auftakt lud am Donnerstag, 17. März, die Landesvertretung Baden-Württemberg zum Gedenken an Maximilian Dortu ein. Ein Lebensbild des in Potsdam geborenen und auf dem Wiehre-Friedhof (Freiburg) erschossenen preußischen Revolutionärs von Kurt Hochstuhl wurde ergänzt durch Berichte über die heutige Gedenkarbeit am Familien-Mausoleum in Freiburg (Heinz Siebold) und in Potsdam (Tobias Bülow).

Sowohl die bürgerschaftliche Initiative beim Grab auf dem alten Wiehre-Friedhof als auch Namensgebungen von öffentlichen Orten in Potsdam tragen dazu bei, sich auch heute mit den Zielen und dem Engagement Dortus auseinanderzusetzen.



Der Referent, Fördervereinsmitglied Dr. Kurt Hochstuhl, Dr. Clemens Rehm und Prof. Gunter Kaufmann vom Förderverein sowie der ehemalige Leiter und die derzeitige Leiterin der Erinnerungsstätte, Dr. Henning Pahl und Dr. Elisabeth Thalhofer (von links nach rechts). Foto: Schinke



Die Besichtigung der parlamentshistorischen Ausstellung im Deutschen Dom startete im nachgebauten Plenarsaal des Bundestages. Foto: Thalhofer



Gleich beginnt die Führung im Deutschen Dom. Foto: Schinke

Leben gekommenen Frauen und Männer. Nach einer Einstimmung in die deutsche Parlamentsgeschichte in der sehenswerten Dauer- ausstellung des Deutschen Bundestags im Deutschen Dom zog die Gruppe des Fördervereins am Nachmittag zum Brandenburger Tor. Auf der stadtauswärts gelegenen Seite, die seit dem Jahr 2000 „Platz des 18. März“ heißt, wurde in einer eindrucksvollen Gedenkstunde der Vorkämpfer der Revolution gedacht. Vertreter mehrerer demokratischer Parteien forderten, den 18. März endlich zum nationalen Gedenktag zu machen. Die breite Unterstützung, die dieser Wunsch fand, zeigte sich in den vielen Kränzen und Gestecken, u.a. vom Land Baden-Württemberg und von unserem Förderverein der Erinnerungsstätte in Rastatt. Gedankliche Anstöße trugen neben Gregor Gysi, der polnische Historiker Prof. Igor Kakolewski sowie in Berlin politisch Verantwortung Tragende vor. Alle wiesen auf die europäische Komponente der Revolution von 1848/49 hin; gerade in der aktuellen politischen Situation in Europa könne die Erinne-



Dr. Clemens Rehm mit dem Blumengruß des Fördervereins zu Ehren der Märzgefallenen. Foto: Schinke

rung an das Engagement der 1848er zusätzliche Impulse geben. In- sofern könne ein „Gedenktag 18. März“ zum festen Anker zur Er- innerung an die Ziele und Ideale der 1848/49er werden.

Zwei Stunden später wurde in einer würdigen Veranstaltung auf dem Friedhof der Märzgefallenen den damaligen Opfern gedacht, u.a. von Ralf Wieland, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses. Für uns badischen Gäste war vor allem eine musikalische Erinne- rung an die letzte Nacht der in Rastatt zum Tode Verurteilten be- eindruckend, die der Erich-Fried-Chor in einem Lied vortrug. Auf dem Friedhof im Stadtteil Friedrichshain ist in den letzten Jahren



Prof. Gunter Kaufmann, Volker Schröder von der „Aktion 18. März“, MdB Petra Pau und Dr. Clemens Rehm (von links nach rechts) bei der Gedenkfeier am Brandenburger Tor.

Foto: Kaufmann



MdB Gregor Gysi hielt die diesjährige Ansprache zum 18. März vor dem Brandenburger Tor.

Foto: Thalhofer

eine kleine Gedenkstätte entstanden, die in ähnlicher Weise wie die Erinnerungsstätte in Rastatt an einem authentischen historischen Ort Geschichte verlebendigen möchte. So war es naheliegend, dass für den Förderverein Professor Kaufmann in einem Grußwort die Erfahrungen der Badener mit dem preußischen Militär 1849, die Ziele der Offenburger Forderungen von 1847 und Ernst Elsenhans' Text „Was will die sociale Demokratie?“ einbringen konnte; Susanne Kitschun, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Leiterin der Gedenkstätte, schloss die Veranstaltung.

Die gute Kenntnis der 1848er-Revolutionen kam beim gemeinsamen Singen von „Trotz alledem“, „Die Gedanken sind frei“ oder dem „Badischen Wiegenlied“ sehr zugute. Wie sehr den Badenern Selbstverständliches in der Erinnerungskultur doch nicht überall selbstverständlich ist, zeigten nachdenkswerte Worte des Berliner Chorleiters zum Badischen Wiegenlied.



Der Vorsitzende des Fördervereins Prof. Gunter Kaufmann überbrachte bei der Gedenkstunde auf dem Friedhof der Märzgefallenen ein Grußwort.

Foto: Thalhofer



Dr. Elisabeth Thalhofer, Prof. Gunter Kaufmann und Dr. Clemens Rehm (von links nach rechts) legen am Gedenkstein auf dem Friedhof der Märzgefallenen ein Blumengesteck des Fördervereins nieder.

Foto: Kaufmann



Beeindruckend und beklemmend: die Zeitzeugenführung durch das ehemalige Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen.

Foto: Thalhofer

Der Abend klang dann in intensiven Gesprächen mit den Berliner MitstreiterInnen aus, bei denen auch Möglichkeiten einer intensiveren Zusammenarbeit erörtert wurden.

Da in der Rastatter Erinnerungsstätte auch der Freiheitsbewegung von 1989/90 gedacht wird, stand am Samstag ein Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen, dem zentralen Stasi-Untersuchungsgefängnis, auf dem Programm. Es zeigte sich schnell, dass an diesem Gedenkort nicht einfach nur ein Thema abgehandelt wird. Die erhaltene Anlage, in der nach 1945 Häftlinge vom NKWD gefoltert wurden und die anschließend von der DDR-Staatssicherheit bis 1989 genutzt worden ist, wurde von Zeitzeugen erläutert, die selber hier eingesperrt hatten – für alle eine unvergessliche Begegnung.

Den Abschluss bildete am Sonntag eine Fahrt mit einem historischen Doppeldeckerbus zu mehreren Orten der Revolution 1848/49: Die Ruinen des Gefängnisses, aus dem der polnische Freiheitskämpfer Ludwik Mieroslawski in der Märzrevolution 1848 befreit wurde – Voraussetzung, dass er kommandierender General in der badischen Revolution 1849 werden konnte; der Gendarmenmarkt, an dem die



Der letzte Programmpunkt vor der Abreise: „Mit dem Bus zur Barrikade“ – Stadtrundfahrt zu Orten der Märzrevolution im historischen Stadtbus.

Foto: Schinke

Märzgefallenen aufgebahrt wurden, zu deren Ehre König Friedrich Wilhelm IV. sein Haupt entblößen musste; das heutige Gorkitheater, in dem das preußische Parlament 1848 getagt hat; das Zeughaus (heute Deutsches Historisches Museum), das von der Bevölkerung gestürmt worden war, um sich mit Waffen zu versorgen; die Orte der Barrikaden, an denen die Bevölkerung am 18. März 1848 – unter Opfern – dem Militär Einhalt gebieten konnte.

Abgerundet wurde das Programm durch den Besuch des politischen Kabarets „Distel“ und viele Gespräche am Rande. Eine besondere Überraschung bereitete der ehemalige Leiter der Rastatter Erinnerungsstätte, Henning Pahl, als er den badischen Gästen in der Landesvertretung Baden-Württemberg ein Ständchen mit Revolutionsliedern brachte – und zum Schluss natürlich dem Badnerlied.

Insgesamt war es für uns spannend zu erleben, mit wieviel Herzblut in der Bundeshauptstadt der 1848er Bewegung gedacht wird und wie deutlich auch dort ihre Bedeutung für die politische Bildungsarbeit gesehen wird. In der Tat viele Anknüpfungspunkte für gemeinsame Aktivitäten.

Clemens Rehm



Die sachkundig von Ralph-Jürgen Lischke geführte Stadtrundfahrt zu Orten der Märzrevolution in Berlin beschloss den Ausflug des Fördervereins.

Foto: Kaumann

„Recht. Gesetz. Freiheit“ Sonderausstellung über die Entwicklung des Rechtsstaates



Bis zum 29. Juli ist in der Erinnerungsstätte noch die Ausstellung „Recht. Gesetz. Freiheit“ zu 200 Jahre Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken zu sehen.

Foto: Wollenschnieder

Der runde Geburtstag des Pfälzischen Oberlandesgerichtes in Zweibrücken am 1. August 2015 bot den Anlass, die Bedeutung des Rechts und des Rechtsstaates für unsere demokratische Gesellschaftsordnung einmal in den Mittelpunkt zu rücken. Freiheit ist auf das Recht angewiesen: Ohne den Rechtsstaat können Freiheitsrechte nicht garantiert und dauerhaft durchgesetzt werden.

Eindrücklich sieht man das auch in dem in der Erinnerungsstätte beheimateten Dauerausstellungsteil über die Freiheitsbewegungen in der DDR. Die Verfassung der DDR kannte zwar Grundrechte, dort als Bürgerrechte bezeichnet – aber es gab keine Unabhängigkeit der Justiz, die SED konnte in den Bereich des Rechts eingreifen und es war unmöglich, staatliches Handeln auf dem Gerichtsweg anzugreifen. Man hätte dazu Verwaltungsgerichte gebraucht, die es aber ebensowenig gab wie ein Verfassungsgericht.

Damit Freiheit auch einforderbar, also vor Gericht einklagbar ist, braucht es aber die Unabhängigkeit der Gerichte, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie das öffentliche und mündliche Gerichtsverfahren. Auch Staatsanwaltschaften und Schwurgerichte im Strafprozess sind heute fest verankerte Elemente des demokratischen Rechtsstaates.

Das Pfälzische Oberlandesgericht steht am Beginn der Entwicklung von rechtsstaatlichen Grundsätzen und Institutionen in Deutschland. 1815 wurde es nach dem Vorbild des fortschrittlichen französischen Rechtssystems gegründet und bestand 1833 eine Bewährungspro-

be, als es mit dem legendären Assisenprozess gegen Johann Georg August Wirth und Philipp Jakob Siebenpfeiffer zum Schauplatz des Gerichtsverfahrens gegen die Initiatoren des Hambacher Festes wurde.

Recht ist nicht statisch. Es vollzieht gesellschaftliche Veränderungen nach oder beschleunigt begonnene Veränderungsprozesse in der Gesellschaft. Meinungsforscher und Demoskopen beklagen zunehmend, dass in weiten Teilen der Bevölkerung das Vertrauen in den Rechtsstaat zu schwinden scheint. Die Wanderausstellung „Recht. Gesetz. Freiheit“, die in der Erinnerungsstätte vom 11. Mai bis zum 29. Juli 2016 zu sehen ist, erinnert daran, dass der demokratische Rechtsstaat eine historisch mühsam erkämpfte Errungenschaft ist.

Die Kuratorin der Wanderausstellung, die Leiterin des Zweibrücker Stadtmuseums und Stadtarchivs, Dr. Charlotte Glück, zeichnete in ihrer fachkundigen Einführung die Bedeutung des Pfälzischen Oberlandesgerichtes auf dem Weg zum demokratischen Rechtsstaat nach. Der amtierende Präsident des Zweibrücker Oberlandesgerichtes, Willi Kestel, hatte es sich nicht nehmen lassen, zur Eröffnung nach Rastatt zu kommen.

Nach einer Einstimmung durch eine vom SWR produzierte und freundlicherweise zur Verfügung gestellte Filmbiographie über Philipp Jakob Siebenpfeiffer, erläuterte Charlotte Glück die historischen Hintergründe. Sie bezog sich auf ein Zitat des Dichters Heinrich Heine von 1840: „Von Rheinbayern sollte die deutsche



Bei der Eröffnung dabei: Bürgermeister Arne Pfirrmann, die Leiterin der Erinnerungsstätte Dr. Elisabeth Thalhofer, die Kuratorin der Ausstellung Dr. Charlotte Glück, der Geschäftsführer des Fördervereins Dr. Clemens Rehm und der Präsident des OLG Zweibrücken Willi Kestel (von links nach rechts).

Foto: Wollenschneider

Revolution ausgehen. Zweibrücken war das Bethlehem, wo die junge Freiheit, der Heiland in der Wiege lag ...“. Danach habe sich noch vor den Märzereignissen von 1848 Zweibrücken zu einem Zentrum der deutschen Freiheitsbewegung entwickelt. Dahinter steckten gerade die Juristen des Appellationsgerichts, das dort 1815 etabliert worden war. Hintergrund des Handelns der Anwälte und Richter in der bayrischen Pfalz sei vor allem der fortschrittliche Code Civil Napoleons gewesen, der mehr und mehr in den Widerspruch mit den Absichten der aristokratischen Führung in München geriet.

Die Tafeln der Ausstellung dokumentieren dann auch, dass die Sonderrechte von den Juristen bis 1833 gehalten werden konnten und Zweibrücken sich so als eine „Wiege der deutschen Demo-

kratie“ nennen darf. Allerdings nach dem Hambacher Fest von 1832 mit über 30.000 „Demonstranten“ wurden die Juristen, die auch für Presse- und Meinungsfreiheit gekämpft hatten, aus dem Dienst entfernt. Die Ausstellung dokumentiert dann die Verfolgung und Verhaftung der Wortführer, was schließlich im Pfälzer Aufstand von 1849 als einem finalen Aufbäumen endete.

Die Ausstellung informiert weiter über die Weimarer Verfassung von 1919, die Justiz im Nationalsozialismus mit Sondergerichten und das Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949. Damit bietet sie eine umfassende Dokumentation des langen Weges hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Elisabeth Thalhofer und Rainer Wollenschneider

„Tradition bewahren.“



Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir wünschen dem Förderverein „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ weiterhin viel Erfolg bei seinem Bestreben, unsere Vergangenheit für die Zukunft zu bewahren.

www.vb-babara.de/stiftung

Wir machen den Weg frei.



**Volksbank
Baden-Baden · Rastatt eG**
Kompetent · Persönlich · Nah

Willkommen auf Zeit: Migration in der DDR

Das Asylrecht ist seit 1949 als Artikel 16 im Grundgesetz der Bundesrepublik verankert und eine politische Errungenschaft, auch wenn Politik und Gesellschaft immer noch um eine Willkommenskultur ringen müssen. Die Integration der Menschen, die in Deutschland eine neue Heimat suchen, ist heute ausdrücklich erwünscht, ungezählte Helferinnen und Helfer unterstützen sie auf diesem oft mühevollen Weg. Auch die Erinnerungsstätte beteiligte sich mit einem Integrationsangebot für geflüchtete Menschen und zeigte die von der Stiftung Aufarbeitung herausgegebene Sonderausstellung „Der Weg zur Deutschen Einheit“ in arabischer Sprache.

Die Ausstellung bot gleichzeitig den Anlass, das Asylrecht der DDR einmal näher zu betrachten. Besucherbetreuerin Martina Schinke informierte über dieses wenig bekannte Thema am 11. April 2016 bei einer Sonderführung.

Die wenigen Flüchtlinge und Migranten erlebten in der DDR eine Willkommenskultur auf Zeit, basierend auf einer schwammigen Gesetzeslage nach den eisernen Regeln der SED und unter dem stets wachsamem Auge der Staatssicherheit. Asylrecht war nicht als subjektives Recht der Schutzsuchenden in der Verfassung verankert, es war eine reine Kann-Bestimmung. Die Entscheidung über die Aufnahme von Flüchtlingen lag bis zum Ende der 1970er Jahre beim Politbüro der SED und deren Abteilung für internationale Verbindungen. Mit dem Ausländergesetz vom 28. Juni 1979 wurde dem Ministerrat der DDR das Entscheidungsrecht auf Asylgewährung und Aufenthaltsgenehmigung von Ausländern übertragen. Jedoch konnte beides ohne Nennung von Gründen auch wieder entzogen werden.

Die DDR war eher ein Ausreise-, als ein Einreiseland; ca. 3,8 Millionen Menschen flüchteten unter Gefahr von Leib und Leben oder verließen die DDR mittels Ausreiseantrag. Die Einwohnerzahl belief sich im Jahr des Mauerfalls 1989 auf 16,4 Millionen. Davon waren 191.000 Migranten und nur 455 anerkannte Flüchtlinge, vor allem aus Chile und Nicaragua – das entsprach gerade einmal einem Bevölkerungsanteil von 1,16 Prozent. Die DDR richtete ihre Asylpolitik an außenpolitischen Interessen aus: Es ging ihr vor allem um internationale Anerkennung und Agitation gegenüber der Bundesrepublik.

In den Anfangsjahren der DDR kamen vor allem griechische und spanische Bürgerkriegsflüchtlinge. Kommunistische Parteien z.B. von Algerien, Südafrika, Namibia sowie die palästinensische Befreiungsorganisation PLO, auch der Iran und Irak, entsendeten Asylanten. Ihre Aufnahme sowie Behandlung wurde vom SED-Staat recht widersprüchlich gehandhabt. Sofern sich keine sozialistische Entwicklung in den entsprechenden Ländern abzeichnete, erlahmte das Interesse der DDR. Meist gingen die Asylsuchenden dann von selbst oder wurden von ihren Parteien wieder in ihr Heimatland zurückbestellt.

Ohnehin fühlten sich viele angesichts der repressiven Behandlung unwohl: Die Bildung von Exilorganisationen war verboten, Integration war unerwünscht. Ein Zusammentreffen mit der Bevölkerung der DDR fand nur an politischen Feiertagen oder anderen offiziellen Anlässen unter den wachsamen Augen der Staatssicherheit statt. Die Gestaltung des Alltags wurde ausgesuchten Betreuern und politischen Funktionären übertragen. Das Leben fand in speziellen Wohnheimen getrennt vom öffentlichen Leben statt. Die Asylanten dienten den Medien vor allem zu Propagandazwecken. Ansonsten waren diese Menschen unsichtbar.

Ähnlich ging es den ausländischen Vertragsarbeitern und Auszubildenden, die vorwiegend nach dem Mauerbau 1961 aus sozialistischen und kommunistisch orientierten Ländern angeworben wur-



Martina Schinke im Gespräch mit Fördervereinsmitglied Andreas Merkel in der arabischsprachigen Ausstellung über „Den Weg zur Einheit“.

Foto: Schinke

den. Sie sollten den durch die Fluchtbewegung der DDR-Bürger gen Westen entstandenen Arbeitskräftemangel abfedern. Zwischen 1966 und 1989 zählte die offizielle Statistik der DDR immerhin 500.000 Arbeitskräfte. Oft zu monotoner, körperlich schwerer, kräftezehrender Arbeit eingeteilt, verbrachten die Vertragsarbeiter aus Polen, Ungarn, Vietnam, Mozambique, Nicaragua, Kuba und Algerien ihre Freizeit isoliert von den Familien und der DDR-Bevölkerung in ihren Unterkünften. Ohnehin war von den Behörden lediglich eine Aufenthaltsdauer von drei bis fünf Jahren angedacht, Familiennachzug unmöglich sowie private Verbindungen mit Einheimischen unerwünscht. Bis in die 1970er Jahre mussten schwangere ausländische Vertragsarbeiterinnen ihr Kind abtreiben oder die DDR vor der Geburt des Kindes verlassen.

Seit Anfang der 1950er Jahre studierten junge Ausländer an den Universitäten und Hochschulen der DDR. Man schätzt, dass bis 1989 ca. 78.000 Studierende aus 125 Staaten an akademischen Bildungseinrichtungen der DDR einen Abschluss erwarben. Das waren drei Prozent der Gesamtstudierenden. Anfangs konnten die Studenten das Studienfach und den Studienort nicht frei wählen. Beides war in Regierungsabkommen zwischen dem Entsendeland und der DDR festgelegt. Dennoch war das Studium attraktiv, denn die DDR trug sämtliche Ausbildungskosten der aus afrikanischen und asiatischen sog. Entwicklungsländern kommenden Studenten. Später nutzte die SED das Ausländerstudium zur Imagewerbung und als Devisenquelle. Anders als Asylanten und Vertragsarbeiter studierten und wohnten die ausländischen Studenten mit ihren deutschen Kommilitonen zusammen. Unter Aufsicht des internationalen Studentenkommitees war den Ausländergruppen sogar gestattet, eigene politische Organisationen zu gründen. Die staatliche Reglementierung und Beobachtung war dennoch jederzeit präsent.

Martina Schinke

Geschichte in Liedern am Internationalen Museumstag



Stephan Höning und Joachim Seltmann (von links nach rechts) erzählten am Internationalen Museumstag Geschichten und sangen Lieder.

Foto: Schinke

Die Lehrer Stephan Höning und Joachim Seltmann unterhielten die Besucherinnen und Besucher zum Internationalen Museumstag am 22. Mai 2016 in der Erinnerungsstätte mit speziellen Programmen aus ihrem Repertoire „Geschichte in Liedern“.

Höning und Seltmann begeisterten bereits im vergangenen Jahr mit Gitarre, Ukulele, Cajón und Gesang die Besucherinnen und Besucher der Rastatter Erinnerungsstätte mit einer Geschichtsstunde der besonderen Art. Zum diesjährigen Internationalen Museumstag hatte die Leiterin der Erinnerungsstätte, Dr. Elisabeth Thalhoffer, die Pfälzer noch einmal nach Baden geholt. „Das Duo schafft es mit einer eigenen Mischung aus Liedern, Bildern und Informationen, die Zuhörerinnen und Zuhörer in seinen Bann zu ziehen und einen Spannungsbogen zur Ausstellung in der Erinnerungsstätte zu erzeugen“, erläuterte sie. „Viele Freiheitslieder erzählen über das, was auch in der Dauerausstellung zur Revolution 1848/49 und zu den Freiheitsbewegungen in der DDR thematisiert wird und schaffen noch einmal einen ganz neuen Zugang dazu.“

Der Gymnasiallehrer Stephan Höning aus dem rheinland-pfälzischen Alzey entwickelte die Idee, Geschichte mit Hilfe von Liedern zu vermitteln. Daraus entstand das vom Bildungsministerium des Landes Rheinland-Pfalz geförderte Projekt „Geschichte in Liedern“ mit dem Höning allein oder gemeinsam mit seinem Lehrerfreund Joachim Seltmann seit mittlerweile fast zehn Jahren durch die Lande zieht und in Schulen und auf Kleinkunstabühnen auftritt. Das Angebot des engagierten Duos findet nicht nur in deren Heimat in der Pfalz Anklang. Im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg hat sich das Publikum von ihnen schon Geschichte erzählen und Lieder vorsingen lassen.

Mit den Programmen „Nur Freiheit oder Tod: Lieder deutscher Demokraten aus der Zeit der französischen Revolution“ am Vormittag und „O wag' es doch nur einen Tag – Texte des revolutionären Dichters Georg Herwegh (1817 – 1875)“ am Nachmittag ging am diesjährigen Internationalen Museumstag die musikalische Reise in der Erinnerungsstätte von der Französischen Revolution 1789 über den Vormärz bis ins 1871 gegründete deutsche Kaiserreich. Dabei wurde der revolutionäre Funke, der 1789 von Frankreich auf Deutschland übersprang, neu entfacht.

Bei der Liedauswahl war für jeden Geschmack etwas dabei. Die Lieder stammten aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands, vermehrt aus dem Rheinland und dem südwestdeutschen Raum. Auf einer Leinwand konnten die Texte mitgelesen werden.

Zahlreiche Gäste nutzten den Museumstag zugleich, um sich die Dauerausstellung „Wir sind das Volk“ und die Sonderausstellung „Recht, Gesetz, Freiheit: 200 Jahre Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken“ anzuschauen.

Martina Schinke und Elisabeth Thalhoffer

STAR.Revolution Ihr Energietarif mit Wahlfreiheit!

Jetzt mitmachen!

- gegen willkürliche Preisentwicklung
- für freie Wahl bei Strom und Gas
- für Investitionen in die Region
- für nachhaltige Energieversorgung*
- für die Energiewende in Baden

Mehr Information erhalten Sie unter
www.star-revolution.de
oder 07222 - 773 222



* Strom aus Wasserkraftanlagen aus dem Hochrhein.

STAR.ENERGIEWERKE
DAS VERSORGUNGSUNTERNEHMEN DER STADTWERKE RASTATT

Zu Gast in der Erinnerungsstätte



Sven Gillich absolvierte ein studentisches Praktikum in der Erinnerungsstätte.

Sven Gillich

Vom 2. November bis zum 4. Dezember 2015 absolvierte Sven Gillich ein studentisches Praktikum in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Als Student der Fächer Politikwissenschaften, Geschichte und Englisch für das Lehramt an Werkrealschulen, Haupt- und Realschulen an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe, unterstützte Sven Gillich die museums-

pädagogische Arbeit in der Erinnerungsstätte tatkräftig. Er übersetzte den Leitfaden für die Führungen durch die Dauerausstellung ins Englische und hat so für alle in der Erinnerungsstätte tätigen Kollegen und Geschichtsvermittler eine bleibende Arbeitserleichterung und Hilfestellung bei der Betreuung englischsprachiger Besuchergruppen geschaffen!

Thomas Krüger

Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, besuchte zusammen mit dem baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Ernst Kopp und dem SPD-Kreisvorsitzenden Jonas Weber am 20. April 2016 die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Besucherbetreuerin Martina Schinke und Museumspädagoge Ingo Brömel begleiteten Thomas Krüger durch die Ausstellung. Der ehemalige Berliner Senator für Familie und Jugend und Bundestagsabgeordnete Krüger hinterließ der Erinnerungsstätte im Gästebuch folgenden Wunsch: „Ich wünsche Ihrer Vermittlung der deutschen Freiheitsgeschichte bestes Gelingen und nachhaltige Wirkung. Es ist aus Sicht politischer Bildung wichtig, den positiven historischen Narrativen ein starkes Gewicht zu verleihen. In diesem Sinne: Kopf hoch! Und nicht die Hände!“



Ernst Kopp, Thomas Krüger, Martina Schinke und Ingo Brömel (v.l.n.r.) beim Rundgang durch die Erinnerungsstätte.

Foto: Danner



Gunter Kaufmann (Mitte) mit der Seniorengruppe der IG Metall Gaggenau.

Foto: Schinke

IG Metall Gaggenau

Der Vorsitzende des Fördervereins der Erinnerungsstätte, Gunter Kaufmann, ließ es sich am 1. Juni 2016 nicht nehmen, der Seniorengruppe der IG Metall Gaggenau eine ausführliche Führung durch die Dauerausstellung zu geben. Gunter Kaufmann erläuterte nicht nur die Gründung der Erinnerungsstätte durch Bundespräsident Gustav Heinemann 1974, sondern erwies sich auch als profund Kenner der Revolution in Baden. Insbesondere die Ereignisse in seiner Heimatstadt Rastatt wusste er durch manche Anekdote lebhaft der interessierten Gruppe näherzubringen.

Clemens Ronnefeldt

Clemens Ronnefeldt, langjähriger Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, besuchte am 15. Juni 2016 die Erinnerungsstätte. Die Aktionsgemeinschaft Rastatter Frieden hatte den Theologen zu einem Vortrag über „Syrien und die Krisenregion Naher und Mittlerer Osten – Zur Verantwortung der westlichen Welt heute“ nach Rastatt eingeladen. Im Vorfeld der Abendveranstaltung ließen es sich Mitglieder der evangelischen Johanneskirche nicht nehmen, Clemens Ronnefeldt auch mit dem demokratiegeschichtlichen Lernort Erinnerungsstätte bekannt zu machen. Dr. Irmgard Stamm, Vorstandsmitglied im Förderverein der Erinnerungsstätte, führte den Gast kenntnisreich durch die Ausstellung.



Dr. Irmgard Stamm (links) führte Clemens Ronnefeldt (rechts) durch die Dauerausstellung.

Foto: Schinke

Geschichtsvermittler in der Erinnerungsstätte

In unserer Serie stellen sich in jeder Ausgabe diejenigen Männer und Frauen vor, die in der Erinnerungsstätte als Geschichtsvermittlerinnen und -vermittler tätig sind und durch ihr Wissen, ihr Engagement und ihre Begeisterung maßgeblich dazu beitragen, dass die Erinnerungsstätte ein lebendiger Lern- und Erfahrungsort ist.

Rainer Wollenschneider

Was das Team der Geschichtsvermittler der Erinnerungsstätte betrifft, war ich von der ersten Stunde an dabei. Motiviert durch mein zweifaches Geschichtsstudium an der Pädagogischen Hochschule in Karlsruhe und eigentlich auch dem Ort im Hintergrund, wo ich das Licht der Welt erblickte, lag mir schon sehr früh die Stadtgeschichte am Herzen. Dort, in der Leopoldskaserne, an der heutigen Lützowerstraße, wo am 11. Mai 1849 offen die revolutionären Ereignisse in der Stadt an der Murg ausbrachen, wurde ich im Festungsgemäuer geboren.

Der Kontakt zur Erinnerungsstätte kam durch die Arbeit als Freier Journalist, parallel zur pädagogischen Arbeit, zuletzt an der Rastatter Realschule. In meiner Funktion als Fachberater für Geschichte und auch als Leiter der Arbeitsgemeinschaft „Landeskunde/Landesgeschichte“ wurde einiges zur Erinnerungsstätte und die praktische Arbeit in ihr veröffentlicht. So schon 1988 in der Reihe „Lehren und Lernen“ zur Museumspädagogik. 1990 folgte die Mitarbeit an der Handreichung für den Besuch der Erinnerungsstätte mit praktischen Tipps. Ich habe praktische Hinweise für Rundgänge durch Rastatt, die die Erinnerungsstätte als Ausgangspunkt haben, für Pädagogen herausgegeben. Daraus erwuchs 1998 schließlich der „Revolutionspfad“ der Stadt Rastatt.

1994 gehörte ich auch zu den Gründungsmitgliedern des „Fördervereins Erinnerungsstätte“, dessen Vorstand ich heute noch immer angehöre. Besonders durch meine Pressearbeit möchte ich die Intention der Einrichtung des Bundesarchivs unterstützen und immer wieder an die Öffentlichkeit tragen. Als die Dauerausstellung der Erinnerungsstätte 1998/99 neu konzipiert wurde, konnte ich in der „Didaktikergruppe“ mitwirken und Beiträge zu den Katalogen beisteuern.

Highlights meines Engagements für das „Freiheitsmuseum“ waren die Besuche der Bundespräsidenten Johannes Rau und Joachim Gauck, die ich als Fotograf der Erinnerungsstätte hautnah miterleben konnte. Auch ein einstündiges Interview mit Günter Schabowski, den herzlichen Kontakt mit Guido Knoop oder das Pressegespräch mit dem ehemaligen Bausoldaten und DDR-Minister Rainer Eppelmann bleiben mir in unvergesslicher Erinnerung.

Da ich seit vielen Jahren auch leidenschaftlicher Sammler bin, konnte ich manche Ausstellungen der Erinnerungsstätte mit Exponaten bestücken, so zu Carl Schurz, Gustav Heinemann, der badischen Revolution, der Bundesfestung Rastatt und der DDR.

Das Monument im Innenhof der Erinnerungsstätte, das 1998 von Lech Wałęsa zum Engagement der polnischen Legion von 1849 in Baden eingeweiht wurde, habe ich zusammen mit Kunstgießer



Foto: pmr

Wolf Zeiler entworfen. Was die DDR-Präsentation in der Erinnerungsstätte betrifft, so bin ich auch vorbelastet. Ab 1991 war ich für das Land Baden-Württemberg in der Bildungsarbeit für ehemalige DDR-Lehrer tätig.

Ich freue mich immer wieder, wenn ich mit meinen Beiträgen den ‚Freiheitsboten‘ und die Präsentation im Internet bereichern kann. Auch die Führungen, bei denen ich Interessierten den erkämpften Weg zur demokratischen Gesellschaft in Deutschland anhand von Exponaten der Erinnerungsstätte verdeutlichen kann, bedeuten spannende Begegnungen für mich. So bereichert mich die ehrenamtliche Tätigkeit für die Erinnerungsstätte in vielfältiger Weise und schenkt mir bleibende Erinnerungen.

Liebe Mitglieder, bitte informieren Sie uns bei Änderung Ihrer Anschrift oder Bankverbindung:
foerderverein-freiheitsbewegungen@t-online.de

Badisches Souvenir für den Prinz von Preußen: Es steht ein Muggensturmer Bildstock in Berlin

Legenden ranken sich um den historischen Bildstock, der am 29. Juni 1849 dem Prinzen von Preußen angeblich das Leben gerettet haben soll. Vieles wurde in den letzten Jahrzehnten darüber geschrieben, manches muss in das Reich der Legende verbannt werden. Sicher ist, da war auch Denkmalpfleger Dr. Ohr, überrascht: Während im Berlin-Babelsberger Park der badische Bildstock wieder erstanden ist, hat sich das Pendant zwischen der B 462 und Muggensturm erhalten.

Als Ende Juni 1849 das heftige Gefecht zwischen Revolutionären und preußischen Truppen bei Kuppenheim und Bischweiler tobte, fand Prinz Wilhelm von Preußen, der spätere deutsche

Kaiser ab 1871, Gefallen an einem „Bildstöckl“. Hinterher wurde ihm dieses quasi als Souvenir des badischen Großherzogs Leopold zum Geschenk gemacht.

Falsch ist, das belegt der Blick in mehrere Biographien des Prinzen von Preußen, der Muggensturmer Bildstock hätte ihm das Leben gerettet, indem er als Kugelfang diente. Vielmehr, alle verfügbare authentische Literatur weist darauf hin, wollte Wilhelm einen Beleg in Berlin dafür haben, wie das „mutige Verhalten des Prinzen im feindlichen Feuer mit Stolz und Freude unter den Truppen weiter erzählt“ wurde.



Im Herbst 1849 war der Prinz von Preußen nochmals auf dem Schlachtfeld bei Muggensturm, wobei hinterher der amtierende Großherzog Leopold den Transfer des Monuments nach Berlin zusagte. Unterhalb des Babelsberger Schlosses, exakt hinter dem heutigen Filmgelände gegenüber der Stadt Potsdam, wurde der Muggensturmer Bildstock platziert.

Das badische Geschenk für den titulierten „Kartätschenprinzen“ wurde mit einer steinernen Platte versehen, auf der das Eisene Kreuz und das Datum „29. Juni 1849“ eingemeißelt wurden. Das Bildstöckl am Havelufer war an einem romantischen Platz positioniert, der manchen Künstler zu überlieferten Studien anregte. Doch der Bildstock sollte nicht nur die einzige Erinnerung an den Feldzug der Preußen in Baden vor 150 Jahren sein.



Fünf badische Kanonen wurden von dem Kronprinzen vor dem Babelsberger Schloss symbolisch in Stellung gebracht. Neben anderen Souvenirs an die Rastatter Tage im Juni/Juli 1849 mit vielen Abbildungen im Arbeitszimmer des Prinzen Wilhelm, setzte vor allem ein Michaelsdenkmal allem die Krone auf. Als Kopie des Drachentöters von einem Denkmal auf dem alten Karlsruher Friedhof liefert sich der Erzengel Michael mit Kreuzeslanze einen bis heute andauernden Kampf mit dem „Lindwurm der Revolution“. Deutlich ist die Inschrift zu lesen: „Zu Ehren der siegreichen Operationsarmee am Rhein im Jahre 1849.“

In der jüngsten deutschen Geschichte und den Grenzsicherungsmaßnahmen nach dem 13. August 1961 wurde durch Grenztruppen der DDR das badische Souvenir für Wilhelm I. entfernt. Erhalten blieb hinterher nur ein Fragment, wodurch Sockel und Laterne des Muggensturmer Bildstocks rekonstruiert werden mussten. Auch um die zertrümmerten Sandsteinbänke kümmerte sich der Verein „Kulturerbe Potsdam“. Rund 16.000 DM wurden schließlich in die Reinkarnation des badischen Bildstöckls investiert.

Damit konnte eine private Initiative das erfüllen, was wegen Geldmangels der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten“ versagt worden war. Während seit dem Juli 1996 das vormalige Muggensturmer Bildstöckl, stark restauriert, wieder am Havelufer steht, hat das Pendant unweit der Muggensturmer Magdalenenkapelle „überlebt“.

Einer der schönsten Bildstöcke des Landkreises Rastatt steht unweit der Muggensturmer Magdalenenkapelle. Er erinnert an den Aufenthalt des Kronprinzen Wilhelm von Preußen 1849 vor Rastatt.

Foto: Wollenschneider

Inzwischen von zahlreichen Obstbäumen und eingebettet in eine ansprechende Anlage findet sich einer kleinen Kapelle vergleichbar der wohl schönste Bildstock des Landkreises Rastatt. Wie beim wieder erstanden Pendant in Berlin-Babelsberg ist die Inschrift eingemeißelt: „Joh. Georg Schnebf. 1720“. Damit sind unverrückbare Parallelen zwischen Baden und Babelsberg bei Berlin erhalten, die wechselseitig einen Besuch von historisch Interessierten geradezu herausfordert.

Rainer Wollenschneider





Verstehen ist einfach.



www.spk-rastatt-gernsbach.de

Wenn man einen Finanzpartner hat, der die Region und ihre Menschen kennt.

Sprechen Sie mit uns.

Wenn's um Geld geht

 **Sparkasse Rastatt-Gernsbach**

TERMINHINWEISE:

23. Juli 2016

Carl Schurz Vorlesung
Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel
„Menschenrechte und Religionsfreiheit. Herausforderungen an Judentum, Christentum und Islam“

2. August – 12. Oktober 2016

Sonderausstellung
Revolution! Ansichten – Einsichten

19. Oktober 2016

Sonderausstellung
In die Zukunft gedacht – Bilder und Dokumente zur deutschen Sozialgeschichte
Eröffnung mit Walter Riester, Bundesarbeitsminister a.D.

Dezember 2016

(Termin wird bekannt gegeben)

Lesung
Jennifer Teege
Amon. Mein Großvater hätte mich erschossen



Das Bundesarchiv

Änderungen vorbehalten!
Aktuelle Hinweise unter
<http://www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette/aktuelles>

Unterstützen Sie die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte – werden Sie Mitglied im Förderverein! (Jahresbeitrag: Einzelmitglieder 25,- €; Ehepaare/Lebensgemeinschaften 30,- €; Schüler/Studenten 10,- €)

Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V., Herrenstraße 18 (Schloss), 76437 Rastatt
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 85ZZ Z000 0065 5323
Mandatsreferenz: (neu zu vergebende Mitgliedsnummer)
SEPA-Lastschriftmandat (Wiederkehrende Zahlungen)



Ich ermächtige den Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Name / Vorname (Kontoinhaber)

Name Kreditinstitut

Straße / PLZ / Ort (ggf. Land)

SWIFT/BIC (8 oder 11 Stellen)

E-Mail

IBAN (in Deutschland 22 Stellen)

Geburtsdatum

Ort, Datum und Unterschrift

Abschnitt bitte per Post an: Förderverein Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Postfach 1526, 76405 Rastatt oder per Fax an 07222 77139-27.

IMPRESSUM

Der „Rastatter Freiheitsbote“ ist das Mitteilungsblatt des Fördervereins Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte und erscheint 2x jährlich.

Vi.S.d.P Inhalt / Layout: Dr. Clemens Rehm, Dr. Elisabeth Thalhofer
Realisation: Xdream Werbe-Support GmbH
Texte und Bilder namentlich gezeichnet, sonst von der Redaktion.

Erinnerungsstätte, Herrenstr. 18 (Schloss), 76437 Rastatt

Tel. 07222 77139-0, Fax 07222 77139-27
www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette

Vorsitzender: Gunter Kaufmann, Prof. i.R.
Geschäftsführer: Dr. Clemens Rehm

Konten des Fördervereins:

Sparkasse Rastatt-Gernsbach
SWIFT/BIC: SOLADESIRAS
IBAN: DE97 6655 0070 0000 1118 49
Volksbank Baden-Baden · Rastatt eG
SWIFT/BIC: VBRAD66K
IBAN: DE61 6629 0000 0030 5268 05